

Voran

ZUR SOZIALISTISCHEN DEMOKRATIE !

ÜBERREGIONALE MARXISTISCHE ZEITUNG FÜR SPD, JUSO UND GEWERKSCHAFT

**1. MAI
1974**

Nr 3. April / Mai 1974

ARBEITER DER WELT GEGEN DIE KRISE

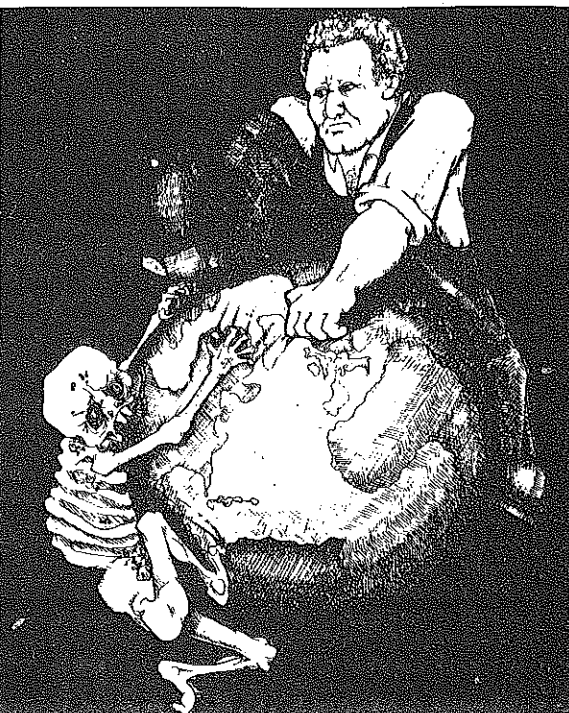
Der erste Mai ist unbestritten der Kampf- und Feiertag der Arbeiterbewegung. Seit vielen Jahrzehnten kommt ein Großteil der in Gewerkschaften und SPD organisierten Arbeiter an diesem Tag zusammen, um in Demonstrationen und Kundgebungen auf die letzten 12 Monate des Kampfes um bessere Lebensbedingungen und eine bessere, gerechtere Gesellschaft zurückzuschauen. Der "Tag der Arbeit" wird von Arbeitern und ihren Familien in der ganzen Welt gefeiert. Die Probleme, die gegenwärtig die Arbeiter in fast allen Ländern plagen, bestätigen erneut den Sinn, der dem 1. Mai 1974 zukommt.

In den letzten 12 Monaten seit dem ersten Mai 1973 wurde der von den Arbeitern erkämpfte und erarbeitete Lebensstandard durch Inflation und Arbeitslosigkeit untergraben. Wir erlebten Angriffe auf unseren Lebensstandard, wie es sie seit dem zweiten Weltkrieg noch nie gab.

INHALT

ENGLAND.....	S.4
SOWJETUNION HEUTE	S.6
Leserforum, Impressum .	S.8
Bundeskongreß der Jusos	S.10

Stückpreis: DM 0,50
In Sammelbestellung: DM 0,65



PANEPISTIMIΟΥ STR. 31.

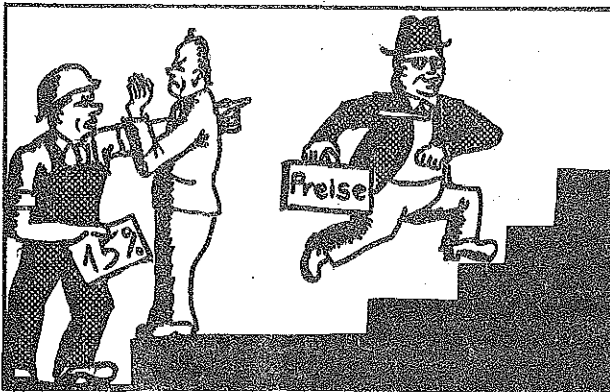
In einem Land nach dem anderen erwachen bisher politisch uninteressierte Arbeiter wieder vom langen Schlaf.

Für uns stellt sich nun die Frage: Wie reagieren nun die Führer der Arbeiterorganisationen auf diese Krise? Werden sie es zulassen, daß sich der Lebensstandard weiter verschlechtert? Die Arbeiter und Angestellten werden dies nicht zulassen. Sie zwingen mehr und mehr die Gewerkschaftsführer zum Handeln.

WARUM DIE SPD STIMMEN VERLIERT

Mit einer Wachstumsrate in der Wirtschaft der BRD von zwischen 0% und 2% 1974 sind die SPD-Führer aufgerufen, eine Lösung zu finden, die die Verwirklichung des Reformprogramms vom November 1972 ermöglicht. Im Laufe des ÖTV-Streiks sprach sich aber Willy Brandt gegen eine Lohnerhöhung von mehr als 10% aus und drohte mit Arbeitsplatzverlust. Nun könnte man meinen, es gäbe eiserne 'objektive' Gesetze - völlig losgelöst von den Interessen der einzelnen gesellschaftlichen Klassen.

Der jetzige Rückgang in der Wirtschaft kann auf zweierlei Art gelöst werden: für die Arbeiter oder für die Kapitalistenklasse. Maßhalteparolen dienen den Bossen, enttäuschen und verwirren die SPD-Mitglieder und -Wähler

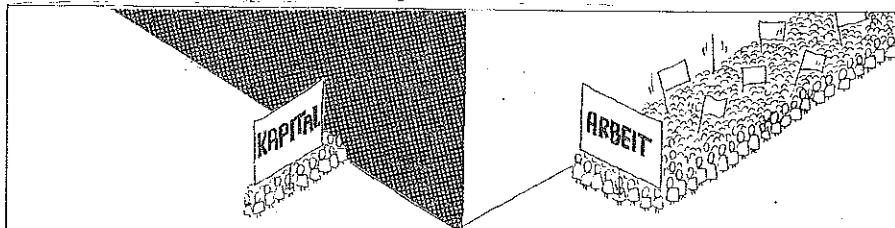


Das ist die Erklärung des Stimmenrückganges bei den Wahlen in Hamburg, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Nordhessen. Wenn die SPD-Führung weiterhin sich weigert, die Arbeitnehmer in Kampf zu unterstützen, wird keine SPD-Mehrheit in der BRD sicher sein.

Die Schriftstücke der bürgerlichen Meinungsforscher vom November 1972 lesen sich heutzutage wie Märchen: "Die Unionisten werden außerhalb Bayerns und Baden-Württembergs schon 1976, und womöglich für lange Zeit, zurückgedrängt in die Moore des Emslandes und in die Ebenen am Niederrhein ... ins politische Hinterwäldertum." (Prof. E. Geiß). 1974 hat die CDU die Fristenlösung zum Scheitern gebracht und wird in Zukunft alle wichtigen Reformen blockieren. Die Politik der SPD-Führung, Aufrechterhaltung des Kapitalismus auf Kosten der Arbeitnehmer und des Reformprogramms, wird zu Niederlagen führen, wenn Kurs nicht geändert wird.

SOZIALISMUS - DER WEG AUS DER KRISE

Es besteht die Möglichkeit, die große Mehrheit des Volkes über die Alleinschuldigen aufzuklären und ihnen Möglichkeiten für eine Gesellschaftsordnung aufzuzeigen, in der es solche Krisen nicht mehr gibt. Millionen aufgeweckter Arbeiter erkennen zunehmend, daß die Schuld für Inflation, Lohnraub und Arbeitslosigkeit allein bei den Kapitalisten liegt.



Immer breitere Schichten der Bevölkerung sehen, wer für die Krise verantwortlich ist. SPD und Gewerkschaft verspüren Druck von der Basis.

Die Arbeiter erwarten den Gewerkschaftsführern und der SPD-Spitze, daß sie die Schuldigen beim Namen nennen und die Forderungen der arbeitenden Bevölkerung unterstützen.

Ganz sicher kann unsere Führung die Krise nicht lösen, wenn sie sich bei den Kapitalisten anbiedert. Willy Brandt, der dem neugewählten BDA-Chef Schleyer (Daimler-Benz) telegraphierte, er hoffe, daß dieser in der ihm "eigenen dynamischen Art zur Lösung der anstehenden Wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Probleme mit beitragen" werde, soll sich zuerst einmal bei den Arbeitern um hören, die ihn haben. Schleyer hielt Ende März eine Rede vor den angesammelten 'Arbeitgebern' der BDA, in der er die Gefahr eines "Gewerkschaftsstaates" anprangerte. (Er war früher bei der SS aktiv.!!!)

FÜR EINE SOZIALISTISCHE OFFENSIVE !

Eine Lösung, die aus der Krise herausführt, kann auf keinen Fall in den überholten Ideen der "Sozialpartnerschaft" liegen. Allzu deutlich haben die Bossen in der letzten Zeit gezeigt, daß es ihnen nicht um das "Gesamtwohl", sondern um ihr eigenes Wohlbefinden geht. Eine Lösung im Sinne der Arbeiter kann nur dann erreicht werden, wenn sich die Arbeiterorganisationen gegen das Kapital international vereinigen. Die großen Monopole müssen enteignet werden, Entschädigung nur auf der Basis der persönlichen Bedürfnisse der Kapitalisten darf gestattet werden - sie haben genug aus uns herausgeholt !

Um die internationalen Krisen zu verhindern, brauchen wir eine vernünftige Planung und Lenkung der Wirtschaft unter demokratischer Kontrolle und Mitwirkung aller Arbeiter und Arbeiterorganisationen. SPD und DGB können die Krise lösen, indem sie in der Arbeit-erklasse die Ideen und das Programm des Sozialismus und der sozialistischen Demokratie klar, ehrlich und offen propagieren.

Wenn unsere Führung jetzt damit anfängt, die Arbeiter im Kampf um eine neue sozialistische Gesellschaftsordnung zu vereinigen, so wird der 1. Mai 1975 nicht mehr im Zeichen ratloser, enttäuschter Gesichter, sondern im Zeichen einer breiten Offensive aus der Krise heraus stehen - hin zum Sozialismus, in dem kein Mensch verfolgt - wie in Osteuropa - wird und in dem niemand sich vor der Ungewißheit des nächsten Morgens zu fürchten hat.

Die sozialistische Internationale ist im Moment lediglich ein Klub der Außenminister von sozialdemokratischen Regierungsparteien.

FÜR EINE KÄMPFERISCHE ARBEITERINTERNATIONALE !

Aber die Großkonzerne sind international gut organisiert. Beschäftigte des FORD-Konzerns haben jetzt einen Ausschuß gegründet, der sich aus Vertretern der FORD-Arbeiter mehrerer Länder zusammensetzt. Die Gewerkschaften und die Arbeiterparteien Europas brauchen dringend eine tragfähige internationale Organisation, die bereit ist, eine Strategie der Arbeiter gegen das internationale Kapital auszuarbeiten und durchzuführen.

Auf der Grundlage dieses Systems können wir nur Elend und Unglück für die Masse der Bevölkerung erwarten.

BEENDET KURZARBEIT UND INFLATION - AUF SOZIALISTISCH !

SPD, UNTERSTÜTZT DIE ARBEITER IM KAMPF !

FÜR DIE VERSTAATLICHUNG DER GROßKONZERNE !

FÜR EINE DEMOKRATISCH GEPLANTE UND GELENKTE WIRTSCHAFT !

VORAN ZU DEN VEREINIGTEN SOZIALISTISCHEN STAATEN VON EUROPA !

ARBEITER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH !

ENGLAND

Muß Labour scheitern ?

Die seit November 1973 in Großbritannien anhaltende wirtschaftliche und gesellschaftliche Krise ist durch die Parlamentswahlen vom 28. Februar keineswegs gelöst worden. Es mag für viele deutsche Sozialisten ein Rätsel sein, wieso - angesichts einer solchen, tiefen Krise - es der Labour Party nicht gelang, eine Parlamentsmehrheit auf sich zu vereinigen. Zwar verlor die konservative Partei ihre 30-Mandatenmehrheit, aber die LP konnte mit ihren 301 Mandaten keine Mehrheit im Unterhaus erreichen. Die LP errang nicht einmal mehr Stimmen als die Tories. Auf der anderen Seite haben die getarnten Konservativen - die Liberalen - ohne jegliches Programm sechs Millionen Stimmen erreicht und sind jetzt mit 16 Abgeordneten vertreten. Die Bedeutung dieser Ereignisse für die deutsche Arbeiterbewegung ist nicht zu übersehen.

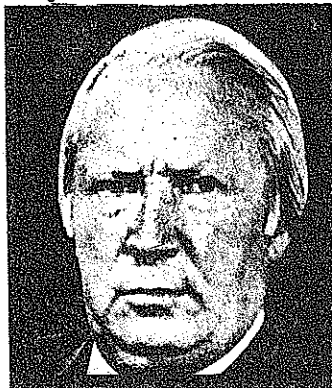


Labour-Chef Wilson

Nach der Niederlage 1970 der seit 1964 amtierenden Labourregierung, die die Lage der arbeitenden Bevölkerung nicht wesentlich verbesserte, sah die herrschende Klasse ihre politische Aufgabe darin, den Lebensstandard der Arbeiter drastisch zu senken; und vom Standpunkt des Großkapitals aus gesehen hatten sie auch recht.

Der britische Kapitalismus war 1950 die stärkste kapitalistische Nation Europas mit dem zweitgrößten Bruttoinlandsprodukt der Welt nach den USA. Schon 1970 aber lag das BSP Großbritanniens unter dem der BRD, Japans und Frankreichs. Der Grund hierfür liegt in den chronischen Unterinvestitionen der britischen Kapitalistenklassen, dem Kapitalexport, den riesigen Rüstungsausgaben und den kolonialen und anderen ausländischen militärischen Stützpunkten.

Eine nackte Politik, den ohnehin bescheidenen Lebensstandard der britischen Arbeiter zu senken betrieb seit 1970 die Heath-Regierung. Die anhaltenden Konkurrenzunfähigkeit der Industrie zwang



die herrschende Klasse, auf jedem Gebiet - Löhne, Vollbeschäftigung, Bildungswesen und anderen sozialen Einrichtungen - die Errungenschaften der letzten 20 Jahre anzugreifen.

Die Antwort der organisierten Arbeiterklasse war eine Welle verbitterter Streiks, Betriebsbesetzungen und riesiger Demonstrationen.

LINKSRUCK der LABOUR PARTY

Entgegen den Behauptungen der Sektierergruppen, die ab 1964 die Labour Party für einen "stinkenden Leichnam" erklärten und sich tapfer daran machten, Studenten und andere in "r-r-revolutionären Parteien" zu organisieren, blieben die Millionen und Abermillionen der Arbeiterbewegung der Labour Party treu.

Anstatt die Massenpartei der Klasse dem rechten Flügel zu überlassen mit ihrer Politik von unverwirklichten Reformen auf der Basis des Kapitalismus, kämpften sie in ihren Gewerkschaften und Ortsvereinen für eine andere Politik, die einen Ausweg aus der Krise des Kapitalismus zeigen könnte.

Auf dem Labour Parteitag 1972 gelang es den Genossen der Tendenz MILITANT, die die überwiegende Mehrheit der Angsozialisten (LPYS) um sich hat sammeln können, die Forderung "Verstaatlichung durch die nächste Labourregierung der 250 Großkonzerne, Schlüsselindustrien, Banken und Finanzhäuser, mit Entschädigung nur auf der Basis sozialer Leistung und unter Arbeiterverwaltung und -kontrolle" durchzusetzen!

Dieser Antrag war ein ungeheurer Schritt nach vorne für die Labour Party. Er war ein eindeutiger Bruch mit der Politik der "kleinen Schritte", die während der Krise durch die Labourregierung aufgegeben wurden. Mit diesem Antrag zog die Mitgliedschaft der Partei die Konsequenzen aus dem Scheitern der letzten Labourregierung und widmete sich der vollständigen Veränderung der Wirtschaft als die einzige Basis für eine erfolgreiche Reformpolitik.

Leider gelang es der rechten Führung der Partei 1973 durch geschickte Reden und Rücktrittsdrohungen diese neue Politik durch eine "Einkaufsliste" zu ersetzen, wonach eine begrenzte Zahl Industriebranchen mit großzügiger Entschädigung verstaatlicht werden sollte unter "normaler" d.h. bürokratischer staatlicher Kontrolle. Dieses Programm ließ die wirtschaftliche Macht weiterhin in den Händen der 250 Großkonzerne, die gegenwärtig 3/4 aller Industrieproduktion beherrschen.

KLASSENKAMPF VON OBEN

Die massive Streikwelle der organisierten Arbeiter hielt an, und neue, vorher unorganisierte Schichten der Klasse wurden in die Kämpfe eingezogen. Nach einem erfolgreichen Streik vom Jahre 1972 waren die Bergarbeiter Großbritanniens ermutigt, ihre sinkende Kaufkraft erneut mit Kampfmaßnahmen zu verteidigen. Die Inflation war letztes Jahr über 15%! Mit zunächst einem Überstundenboykott, um ihre Lohnforderung für einen Mindestlohn von DM 240 bzw DM 270 brutto in der Woche begannen sie November 1973 ihren Kampf.

Die konservative Regierung sah in der Aktion der Bergarbeiter eine Möglichkeit, die ganze Arbeiterklasse einzuschüchtern. Sie führte die drei-Tage-Woche ein - eine Art nationale Aussperrung der Arbeiter. Der Versuch, einen Keil zwischen Bergarbeiter und andere Arbeiter zu schieben, mißlang.

Nach 11-wöchigem Überstundenboykott entschloß sich die Bergarbeitergewerkschaftsmitglieder einen vollständigen Streik durchzuführen, um den Lohnstopp der Konservativen zu durchbrechen.

Die Bergarbeiter waren unter der Bevölkerung genau so hochgeschätzt während des Streiks wie vorher.



Im Januar dieses Jahres - durch eine hysterische Pressekampagne gegen die "geldgierigen und selbstsüchtigen Arbeiter" begleitet - schrieb Heath Neuwahlen aus. Seine Hauptparole: "Wer regiert: Kabinett oder Gewerkschaften?"

Der Labourführer erhielt damit eine einmalige Gelegenheit, auf diese Frage eine eindeutige sozialistische Antwort zu geben.

Wie die marxistische Wochenzeitung MILITANT in einer Sondernummer für die Wahlen es ausdrückte:

"Das konservative Kabinett vertritt ein Handvoll Großkapitalisten. Die Labour Party und die Gewerkschaften dagegen vertreten 10 Millionen Arbeiter und ihre Familien: - insgesamt also rund 30 Millionen Menschen. Sie sind die einzige Hoffnung auf ein besseres Leben für die Millionen arbeitenden Menschen, die unter diesem System im Dreck gehalten werden. Diese Millionen



"Nicht schießen, Gentlemen! Auch Wilson meint, das Kabinett soll regieren!"

können bei diesen Wahlen hinter die Labourfahne mobilisiert werden, aber nur wenn die Labourführer die Wirklichkeit über unsere in feindlichen Klassen geteilten Gesellschaft erzählen und einen energischen Wahlkampf auf der Basis eines mutigen sozialistischen Programms führen".

LABOURS WAHLPROGRAMM

Die Labourführung tat bekanntlich nichts dergleichen. Ein Labourmanifest für den Wahlkampf wurde schnellstens erstellt, versprach aber nur wenige Reformen. Verstaatlicht werden sollten nur folgende Industriebranchen: Schiff- und Flugzeugbau, Nordseegas und -ölförderung, nur Teile der Arzneimittelindustrie und einige Bau- und Speditionsfirmen. Und alle mit vollständiger Entschädigung für die Kapitalisten, die diese Branchen jahrelang vernachlässigt hatten!

Die mächtigen Großkonzerne kamen mit einem Schreck davon. Sie sollten auch unter Labour frei sein, ihre Gewinne auf Kosten der Arbeiter weiterhin kassieren zu können, Kapital im Ausland zu investieren und dadurch die Zahlungsbilanz der britischen Wirtschaft zu sabotieren.

Das gehaßte Antigewerkschaftsgesetz (Industrial Relations Act) - ähnlich wie das hiesige Betriebsverfassungsgesetz - sollte - so das Labourmanifest - abgeschafft werden, sowie das preistreibende Mietgesetz (Fair Rents Act). Staatliche Subventionen für Lebensmittel, eine Vermögenssteuer und Rentenerhöhungen bis DM 60 bzw DM 100 in der Woche sollten eingeführt werden.

Alle Arbeiterfamilien würden solche Reformen natürlich willkommen heißen. Dieses Reformprogramm wurde vom Parteipräsidium erstellt. Die führende Labourmannschaft von Wilson, Callaghan, Healey, & Co aber dachten anders. In zahlreichen Fernsehauftritten haben sie völlig anders geredet. Das ohnehin abgeschwächte Manifest war für sie zu links. Stattdessen sprachen sie nur von "Blut, Schweiß und Tränen", von der Notwendigkeit von "Opfern", einer "fairer Einkommenspolitik." Sie griffen die Eisenbahnergewerkschaft wegen ihrer Kampfmaßnahmen an, appellierten an den "Patriotismus des britischen Volkes", das gemeinsam im "Interesse der ganzen Nation" handeln sollte.

Mit solchen Reden von Anfang bis Ende des Wahlkampfes war es kein Wunder, daß sich die Millionen für Labourkandidaten nicht begeistern konnten. Es war ihnen klar, daß Wilson & Co aus den Jahren 1964 - 70 nichts wesentliches gelernt hatten und die gleiche, gescheiterte Politik auch in Zukunft fortsetzen würden. Die alten Parolen von "Opfer" wollten sie nicht mehr hören; hatten sie denn nicht gerade genug "geopfert"?

"WIEDERGEURT DER LIBERALEN"

Ungewollt sahen sich 6 Millionen Wähler - Angestellte und Hausfrauen, aber auch einige Arbeiter und Studenten - nach einer Alternative umzusehen. Die winzige KPGB, mit dem gut verdienten Ruf stets die Verbrechen des Stalinismus verteidigt zu haben, kam nicht in Frage; daher das Anwachsen der verzweifelten "Proteststimme" für die Liberalen. Zweidrittel aller Wähler stimmten damit gegen die gehaßte Heath-Regierung.

Die ersten Maßnahmen der neuen Labourminderheitsregierung verordnete in den ersten zwei Wochen einen Mietstopp, Rentenerhöhungen, einige Lebensmittelsubventionen. Aber der neue Arbeitsminister Michael Foot - früherer profilierterster "Linker" der LP, im Stil von Jochen Steffen - versagte total, als es darum ging, das Antigewerkschaftsgesetz abzuschaffen.



Michael Foot

Er wich vor den kombinierten Kräften der Tories und Liberalen im Unterhaus zurück und ließ das Gesetz freiwillig in Kraft bleiben. Die Tories brauchten nicht einmal, ihren Abänderungsantrag zur Thronrede abstimmen zu lassen! Die ganze bürgerliche Presse lobte die "gemäßigten Maßnahmen" der neuen Regierung.

GEFAHR! SPALTUNG VON RECHTS!

Man darf die Gefahr nicht übersehen, daß wichtige Teile der Labour-Parlamentsfraktion eigentlich bereit sind, eine kapitalistische Politik zu betreiben. Die Rechtsanwälte, Professoren, Journalisten und Aufsichtsratsmandateinhaber in der Labourfraktion haben mit der Basis der Partei in der Arbeiterklasse nichts gemeinsam. Reg Prentice, Callaghan, Healey, Jenkins usw haben eine politische Vergangenheit, die uns Anlaß zu denken gibt, daß in einer neuen Krisensituation viele Labourabgeordnete des rechten Flügels bereit sein würden, die LP zu verlassen oder zu spalten, um eine "große Koalition" mit den Tories zu machen, zwecks "Rettung der Nation" (d.h. Rettung des Kapitalismus.)

FÜR EINE MEHRHEITSLABOURREGIERUNG! FÜR EIN SOZIALISTISCHES PROGRAMM!

Das Programm der Verstaatlichung der 250 Großkonzerne bleibt die einzige Basis zur Verwirklichung eines Reformprogramms - in Großbritannien und allen anderen kapitalistischen Ländern. Wenn die Labourführung jetzt eine breite Kampagne in den Gewerkschaften und in der Öffentlichkeit starten würde, fände sie sofort Unterstützung für ein entsprechendes Gesetz. Nach der unvermeidlichen Niederlage im Unterhaus würde Labour in der Lage sein, die Klasseninteressen der Tories und der Liberalen, sowie der kleinen nationalistischen Gruppen, zu entlarven. Labour könnten dann das Unterhaus auflösen, Neuwahlen ausschreiben auf der Basis 'Für oder wider eine sozialistische Lösung der Krise?' Ein Erdrutsch für die Labour Party würde ohne Zweifel erfolgen; die Mittelschicht ist nur bereit die Arbeiterbewegung zu unterstützen, wenn sie sieht, die ist bereit, die Gesellschaft zu verändern. Das war die Erfahrung vom Mai '68 in Frankreich. Sonst wird die Mittelschicht nach rechts, Richtung Faschismus im Stil der "National Front" getrieben werden. Die Chance ist da, Labour muß nicht scheitern! ●

SOWJETUNION

HEUTE

2. Teil

KÄUFERSCHLANGEN & LUXUSLIMOUSINEN

Fortsetzung von VORAN ! 2 Feb/März

Die Überlegenheit einer verstaatlichten Wirtschaftsordnung zeigte sich in der Sowjetunion nicht nur in der Erholung der Sowjetwirtschaft von Verwirrungen der Zeit der Zwangskollektivierung 1928 - 1932 und der Säuberungen, die rund 100 000 Menschen das Leben kosteten, von den Verwüstungen im zweiten Weltkrieg, in dem 27 Millionen Sowjetbürger starben, sondern auch im raschen Wiederaufbau der Wirtschaft der UdSSR seit 1945. Die Sowjetunion ist heute zweite Industrie- und Handelsmacht der Welt.

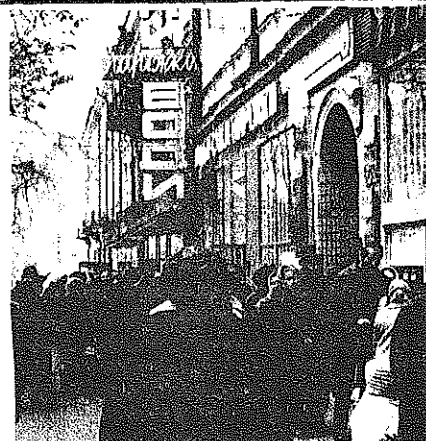
Aber das erstaunlich schnelle Wachstum auf wissenschaftlichem und technologischem Gebiet im Westen brachte eine ganze Reihe neuer Industrien, die das Gesicht der modernen Wirtschaft verändert haben. Neben den traditionellen Barometern für wirtschaftliche Erfolge - wie Stahl - entstand eine Vielzahl neuer Anzeiger wie Kunststoffe, Chemie, Elektronik und Computer. Diese neuen Industrien wurden besonders wichtig bei der Versorgung mit Verbrauchsgütern. Aber genau hier ist die Kluft zwischen Sowjetwirtschaft und kapitalistischem Westen am größten.

In einem wichtigen Bereich - dem Computerbau - hat es die SU nicht nur nicht geschafft, den Westen ein- und Uberzuholen, sie fiel sogar in den letzten Jahren weiter zurück. Die dritte Computergeneration, die seit 10 Jahren im Westen in Gebrauch ist, erscheint erst jetzt allmählich in Rußland mit Modellen wie "Minsk 32", die immer noch kaum vorrätig sind. Die ganze Speichertechnik, die die Gedächtniskapazität eines Computers ungeheuer steigert, steckt in der UdSSR erst in den Kinderschuhen. Im Westen dagegen wird dieses Verfahren seit 10 Jahren angewandt und wird in vielen Alltagsbereichen als unentbehrlich betrachtet.

Nach Israel ausgewanderte Sowjetwissenschaftler enthüllen die ernste Lage dieser lebenswichtigen Branche der Sowjetwirtschaft. Während Physiker und Mathematiker von hohem Niveau sind, müßten die Computerfachleute ganz unten anfangen. Wie in der westlichen Presse berichtet wurde, mußte ein solcher Wissenschaftler viermal von Wilna nach Moskau fahren, bis er endlich eine Kopie seines Lochstreifens bekam.

RÜCKSCHLÄGE IN DER WISSENSCHAFT

Die Herrschaft der Bürokratie, stets ein sehr verschwenderischer Stein des Anstoßes, wurde zur absoluten Fessel für die Produktivkräfte in der Sowjetunion. Die relativ einfachen Aufgaben beim Aufbau der Schwerindustrie haben schon längst dem viel schwierigeren Problem der Organisierung einer hochentwickelten, technologisch basierten, modernen Industrie Platz gemacht. Die heutige Sowjetwirtschaft ist ein fein ausbalancierter, raffinierter Mechanismus. Der kleinste Irrtum in der Planung kann unsagbare Verwirrungen auslösen, wenn er von einem Computer vertausendfacht wird.



Käuferschlange in Kiew 1973

Die alten Methoden bürokratischen Niederknüppelns, "Befehle von oben", festgesetzte Produktionsnormen, schaden stets und wirken sich nun verheerend aus. In den 50'er und 60'er Jahren stand der Ruf der Sowjetwissenschaft am höchsten. Die Leistungen des Weltraumprogramms waren ein Ausdruck der Errungenschaften einer verstaatlichten Planwirtschaft. Sie spiegelten die ungeheueren Vorteile eines vernünftig geplanten Systems wider, Vorteile des kollektiven, gemeinsamen Vorgehens bei wissenschaftlichen und industriellen Problemen, frei von den Zwangseinflüssen von Pacht, Zins und Profit.

In den zurückliegenden Jahren ist das Ansehen der Sowjetwirtschaft gesunken. Das Weltraumprogramm war von spektakulären Mißerfolgen gekennzeichnet. Der Flugzeugabsturz in Frankreich im Sommer 1973 hat das Image der sowjetischen Luftfahrtindustrie und des Prestigeprojekts TU 144 ernsthaft angegriffen.

Natürlich können solche Probleme nur zufällig und vorübergehend auftreten. Die westliche, kapitalistische Presse greift besonders gern jeden Mißerfolg der Ostblockwirtschaft auf, um vom eigenen unpaßlichen System abzulenken. Jeder denkende Arbeiter weiß, daß die russische Wirtschaft eine ungeheure Stärke und Elastizität besitzt, die - korrekt angewandt - alle diesen Probleme überwinden könnte. Aber der Marxismus verlangt die Wahrheit, wenn sie auch schmerzt. Es gibt zumindest eine ebenso große Wahrscheinlichkeit, daß diese "Betriebsunfälle" eine wachsende Krankheit in der Sowjetwirtschaft widerspiegeln.

ARBEITER MÜSSEN SCHWEIGEN

Eine sozialistische Planwirtschaft braucht die Demokratie wie der menschliche Körper Sauerstoff braucht. Es geht hier nicht um Sentimentalität. Jeder Arbeiter in der Bundesrepublik Deutschland erkennt die riesige Verschwendung, Korruption und Fehlplanung, die in jedem Großunternehmen zu verzeichnen sind. Ohne die Beteiligung der Arbeiter, ohne eine gesunde Atmosphäre freier Kritik, freier Diskussion über die Pläne und Ziele kann auch das am vorzüglichsten funktionierende Unternehmen die Produktion nicht richtig leistungsfähig organisieren.

Natürlich ist eine solche Mitwirkung in einem kapitalistischen System unmöglich, da es auf dem Gegensatz der Klassen beruht. Ganz anders ist dies im Sozialismus. Ein zentraler Plan, der alle Industriezweige in ihrem komplexen Verhältnis zueinander einschließt, kann gar nicht ohne die gewissenhafte Kontrolle und Teilnahme aller Arbeiter funktionieren.

Wie sieht es in dieser Hinsicht in der Sowjetunion aus? 57 Jahre nach der Oktoberrevolution besitzen die russischen Arbeiter und Bauern nicht einmal die begrenzten Rechte freier Rede, Versammlung und Presse, die sich die deutschen Arbeiter erkämpft haben. Der russische Arbeiter hat keine echte Kontrolle über den Lauf der Wirtschaft. Er ist nicht an der Planaufstellung beteiligt. Von ihm erwartet man lediglich, seinen Teil zu arbeiten. Nur in beschränktem Ausmaß kann sich der russische Arbeiter mit seinem Werksleiter aussprechen.

Aber was die grundlegenden Fragen der Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft betrifft, so hat der Sowjetarbeiter nicht mehr Kontrolle als sein Klassenbruder im Westen. Zusätzlich hat er kein Streikrecht, und wer seine Unzufriedenheit zu laut propagiert, verschwindet von der Bildfläche. Das Fehlen einer Arbeiterdemokratie in Rußland ist ein Abbild dafür, daß gegensätzliche Interessen verschiedener Schichten der Gesellschaft bestehen. Jeder westliche Kapitalist - oder fast jeder - schaut voll Neid auf die Lebensart der obersten Schicht der sowjetischen Gesellschaft. Diese leben in Hülle und Fülle, Luxus, besitzen Limousinen und Villen, Jachten und teure Kleidung. Ihre Frauen erhalten aus Spezialgeschäften Güter, von denen der normale Sowjetmensch nur träumen kann. Das Bestehen dieser schmarotzerischen Schicht von Beamten in Partei, Staat, Gewerkschaften und Industrie ist das eigentliche Hemmnis für eine Weiterentwicklung der russischen Wirtschaft in Richtung auf Sozialismus. Indem sie Staat, Massenmedien, Schulen und Universitäten kontrolliert, hält sich die Bürokratie schon über 40 Jahre lang an der Macht. Sie spielt eine Gruppe in der Gesellschaft gegen die andere aus und spielt vor allem mit der Angst der Leute vor der Rückkehr zum Kapitalismus. Die Mitglieder dieser Elite zweifeln nie ihrerseits an ihrem "göttlichen Recht zu herrschen" - bis vor kurzem.

UNERFÜLLTE REFORMVERSPECHUNGEN

Die Zuversicht der Sowjetbürokratie wurde von einem Trauma nach dem anderen erschüttert: Der Tod Stalins, die Spaltung der Parteiführung, der 20. Kongreß der KPdSU, Aufstände und Unruhen in Ungarn, Polen, CSSR, der Konflikt mit China. Unter Chruschtschow führte die Bürokratie hastig Reformen durch, um die Massen zu besänftigen. Und jede Reform war mit der Zusatzklärung verknüpft, 10 oder 100 weitere Reformen würden "demnächst" folgen. - "wenn man sie - (die Bürokraten) - nur in Ruhe weiter würde arbeiten lassen."

Eine Zeitlang schien diese Politik zu klappen. Die Arbeiter waren darauf eingestellt, ihre Arme zu verschränken, abzuwarten und zu sehen. Der Lebensstandard stieg gemächlich an. Aber mit den Lohnerhöhungen stiegen die Erwartungen weiter an.

"Warum ist nach all dem Gerede vom Aufbau des Kommunismus in 20 Jahren der westliche Tourist in Moskau immer noch besser angezogen als wir?"
 "Warum sind seine Schuhe billiger? Warum können wir keine Autos kaufen, wenn unsere Staatsmänner und Parteiführer sich in ihren Luxuskarossen herumchaffeuern lassen?"

Wenn die sowjetische Industrie jedes Bedürfnis der Bürokraten befriedigen kann, warum befriedigt sie dann nicht auch die der Arbeiter? Die Verbesserung des Lebensstandards, steigende Löhne und Erwartungen, die sicherlich nicht die Widersprüche der russischen Gesellschaft entfernen können, veranlassen mehr und mehr Arbeiter, prüfend und kritisch Ungleichheit und Privilegien zur Sprache zu bringen.

Unter diesen Umständen ist der sowjetische Wirtschaftsablauf besonders in den Konsumgüterindustrien eine Frage auf Leben und Tod für die Bürokratie. Und dennoch taucht genau auf diesem Gebiet ein Problem nach dem anderen auf. Die Führung sah keinen anderen Ausweg, als den kapitalistischen Klassenfeind um Kredite und technologischen Beistand zu bitten.

Die Lage wurde durch die landwirtschaftliche Krise erschwert. Denn zum ersten Mal seit Jahren mußte in den Großstädte das Brot wieder rationiert werden. Die offizielle Presse wollte aus der Not eine Tugend machen, indem sie die Bürger zur Einschränkung des Brot- und Kartoffelkonsums aufrief, um ihre dem "neuen sozialistischen Menschen" gemäßige Kost zu verbessern. Die russische Hausfrau am Ende der Schlange vor den Bäckereien muß dies als ein Stückchen Marie Antoinette aufgefaßt haben!

WELTKAPITALISMUS AN DER KRÜCKE

In den 20'er und 30'er Jahren verwies der aus der Sowjetunion ausgewiesene Leo Trotzki auf die Gefahr einer möglichen Wiedereinführung des Kapitalismus in der UdSSR. Aber trotz der ungeheueren Gefahren, die von einer bürokratischen Politik ausgehen, trat diese Vorhersage damals nicht ein. Der Kapitalismus war zu bankrott, als daß er dies hätte vollbringen können.

Im Gegenteil, die Beweglichkeit der verstaatlichten Wirtschaftsordnung wurde im zweiten Weltkrieg trotz aller bürokratischen Fehler bewiesen.

Seit dem zweiten Weltkrieg hat der Abfall des Kapitalismus im Weltmaßstab einen tiefen und dauerhaften Charakter angenommen. Mit Ausnahme einiger sehr reicher Länder, die schon entwickelt waren, hat der Kapitalismus den Fortschritt nirgendwo anders vorantreiben können.



Die 'diplomatische Offensive' Breschnews offenbart den großen Druck nicht zu ertragender Spannungen innerhalb der SU, periodisch wiederkehrender Agrarprobleme, des zunehmenden technologischen Gefälles zwischen Rußland und dem Westen, der größer werdenden Erwartungen der russischen Arbeiter, und der Verlangsamung des Wirtschaftswachstums. Es droht jeden Moment eine durch diese Probleme verursachte gesellschaftliche Explosion auszubrechen, die deshalb um so plötzlicher und heftiger sein wird, weil angesammelte Aggressionen und Frustrationen nirgendwo in der SU auf harmlose Weise abgelassen werden können. Die Sowjetunion stellt unter der Druckherrschaft der Bürokratie einen riesigen Dampfkessel dar, dessen Druckmesser sich dem Gefahrenpunkt nähert.

Die Einfuhr westlichen Kapitals kann den Druck vorübergehend verringern, wird dabei jedoch die Erwartungen der Massen weiter vergrößern, während sie das Schicksal der Sowjetunion noch enger an die Schwankungen der kapitalistischen Weltwirtschaft bindet. Dieser letzter Punkt ist wahrscheinlich der gefährlichste für die Bürokratie.

In einem Land nach dem anderen wurde die privatkapitalistische Eigentumsverteilung von staatlichen Wirtschaftsformen abgelöst. Selbst dort, wo das Kapital immer noch regiert, existiert das "private Unternehmen" nur noch an der Krücke, der Staat greift ihm unter die Arme. In den letzten zehn Jahren sahen wir überall ein tendenzielles staatliches Eingreifen in den Ablauf der Wirtschaft. Allein dieses zeigt, auf welch absteigendem Ast sich das Privateigentum an Produktionsmitteln befindet.

Die Möglichkeit einer Wiederherstellung des Kapitalismus in Rußland oder anderen bürokratisch entarteten Arbeiterstaaten ist unter diesen Umständen für immer vorbei. Die zunehmende Abhängigkeit der russischen Wirtschaft vom kapitalistischen Westen bedeutet keineswegs einen Schritt in Richtung Kapitalismus. Aber sie unterstreicht, wie bankrott die These vom "Sozialismus in einem Land" und die bürokratische Sabotage der Sowjetwirtschaft sind, wenn sie es erforderlich machen, daß die Bürokraten eine Hand geradezu der Zeit nach den "privaten Unternehmern ausstrecken, da die "freie Unternehmerinitiative" überall die Zeichen einer unheilbaren Krankheit mit sich trägt.

LESER FORUM

8

Schreibt uns über eure Juso-AG !
Schreibt uns mit Kritik, Vorschlägen!

Werte Genossen !
Wir haben zufällig eure Zeitschrift in die Hände bekommen und beglückwünschen Euch zu dem Versuch, eine überregionale Zeitschrift herauszugeben, die auf dem Boden marxistischen Denkens steht und gleichzeitig so geschrieben ist, daß wir sie auch an Lehrlingsgenossen weitergeben können. ... Wir werden versuchen, auf unserer nächsten UB-Konferenz, eine Sammelbestellung für VORAN ! zu organisieren. Mit sozialistischen Grüßen, KHW, Nordhessen. ■

Liebe Genossen !
durch die Bezirksinfo habe ich von der Existenz der Zeitschrift VORAN ! erfahren. Ich begrüße diese Initiative und glaube, daß unter Sozialisten in der SPD ein echtes Bedürfnis nach einer marxistischen Zeitschrift besteht. Damit wir uns ein Bild von dieser Zeitschrift machen können, bestelle ich für die Juso-AG .. 6 Exemplare .. von VORAN ! Mit sozialistischen Grüßen, HH München. ■

Als Lektüre ist mir .. Ihre Zeitung VORAN ! empfohlen worden. Bitte senden Sie mir ein Probeexemplar zu. Im voraus besten Dank, mit freundlichem Gruß,

FW Freiburg. ■

An die
Redaktion der "VORAN"
46 DORTMUND
Hauptpostlagernd Nr. A 056998

Liebe Genossen!
... wir wollen uns bald wieder treffen, um die Zeitung VORAN! zu besprechen und sie in der Juso-Gruppe vorzustellen. Wir meinten noch, daß wir 30 Exemplare der Zeitung wohl verkaufen könnten..... Mit besten Grüßen, EJ, AD Berlin. ■

Liebe Genossen !
vor einigen Tagen erhielt ich über einen Freund die erste Ausgabe eurer Zeitschrift, und ich muß sagen, daß mich das angenehm überrascht hat. Denn ich stimme mit Euch grundsätzlich überein, daß es notwendig

ist, für die marxistische Linke in der Sozialdemokratie ein Sprachrohr zu schaffen. Nur - und das will ich zu bedenken geben, habe ich mir den Weg, wie ein solches Organ entsteht, ein wenig anders vorgestellt. In dem Sinne, daß es

bereits Ausdruck eines mehr oder weniger festgefügtten politischen Zusammenhaltes der linken Teile in der SPD ist. Aber .. da bereits ein erster Anfang von Euch gemacht worden ist, würde es jetzt eindeutig einen Rückschritt bedeuten, würde man das Projekt wieder einstellen.

Ich selbst habe ein Interesse, an einem solchen Projekt mitzuarbeiten, und ich kenne hier in Berlin noch ein paar weitere Genossen, die ähnlich denken.... Ich verbleibe mit sozialistischen Grüßen, Euer, WK, Berlin. ■



VORAN:

VORAN: « notwendiger denn je »

für eine sozialistische Offensive

Im Ruhrgebiet, in Berlin, Raum Frankfurt, Raum München werden jeweils 50 Exemplare von VORAN ! bei den Jusos, in der SPD und in einigen Betrieben verkauft. Neue Leser haben wir im Raum Köln, in Nordhessen, in Göttingen, Hannover, Münster, Darmstadt, Marburg und in Schleswig-Holstein gefunden. Fünfzig Stück werden auch in der Schweiz und in Großbritannien verkauft. Einzelne Exemplare lesen auch Genossen in Frankreich, Schweden und in den USA

Beim Bundeskongreß der Jungsozialisten in München traten wir mit einem Flugblatt auf, das die unklare politische Orientierung der Juso-Führung kritisierte und zur Verabschiedung eines Kampfprogramms zur Verteidigung des Lebensstandards aufrief. Neue Abonnements, die wenige Tage nach dem Münchener Kongreß bei uns eintrafen, bewiesen uns, daß wir nicht allein unter den Jusos sind und daß viele Genossen mit uns einer Meinung sind, daß die Arbeiterbewegung mit einer klaren, verständlichen Politik für den Sozialismus jetzt angesprochen werden muß. Der Stimmverlust der SPD in Hamburg und in Rheinland-Pfalz ist ein 'Mein!' zum Reformismus ohne Reformen. Die klare, sozialistische Politik von VORAN ! ist notwendiger denn je. Schickt uns bitte sofort ein Abo ! ■

Unsere Druck- und Portokosten steigen. Um einen finanziellen Verlust abzuwehren, sind wir leider gezwungen, auch den Preis unserer Zeitschrift zu erhöhen. Trotzdem bitten wir Euch, weiterhin sie zu unterstützen, zu abonnieren, zu verkaufen. Die neuen Preise sind:

- o Individuelle Abonnements -
6 Ausgaben im Jahr frei Haus:
DM 1,05 x 6 = DM 6,30 pro Jahr.
- o Sammelbestellungen (ab 5 Exemplare)
0,50 pro Exemplar + Verarbeitungss-
(0,05 pro Ex.) und Portokosten.
Empf. Verkaufspreis 0,65 pro Ex.,
damit kein Verlust entsteht.
Rechnung wird beigelegt.
- o Buchläden - weiterhin 0,35 zzgl
Portokosten.

* Abo an: Kennwort 'VORAN !', 46 Dortmund 1,
Postlagerkarte A 056998.
* Überweisungen: BfG Darmstadt, Kto 2080879001.

OPPOSITION ZUR BÜROKRATIE

Es ist ein auffallender Widerspruch, daß über 50 Jahre nach der Oktoberrevolution und nach einem riesigen Wirtschaftsaufschwung die SU wieder in die kapitalistische Schule geht. Man redet nun von der Einführung neuer Planungsmethoden auf der Grundlage wirtschaftlicher Antriebskräfte und des Profitmotives! Auch dieses bedeutet nicht die Wiedereinführung des Kapitalismus, sondern Bankrott stalinistischer bürokratischer Planungsmethoden, die alle Vorteile der Planwirtschaft ausgeschaltet haben.

Was die Sowjetwirtschaft benötigt ist Arbeiterdemokratie; die frische Brise von Kritik, Redefreiheit, Arbeiterkontrolle, Einbeziehung der Gesamtheit der Gesellschaft in die Planaufstellung für die Produktion. Wenn das nicht vorhanden ist ist alles Biegen und Wenden der Breschnews und der Kossygin's umsonst. Die Sowjetunion besitzt unermeßliche Mittel und ein nicht zu erschöpfendes Potential an Rohstoffen, geschulten Arbeitskräften, Wissenschaftlern. Leider wird die richtige Anwendung dieser vorhandenen Fülle durch das totalitäre System, Bürokratie, Privilegien und Korruption verhindert.

Die Probleme der sowjetischen Wissenschaft und Technologie sind nicht der Planwirtschaft in die Schuhe zu schieben, oder gar der Ausbildung oder der Qualität der einzelner Wissenschaftler. Sie werden durch die selbe bürokratische Kontrolle geschaffen, die alles freie Nachdenken erstickt, alle Individualität, alle offene, ehrliche Kritik unterdrückt. Diese Kontrolle zieht den Lakaien dem Genie, die "Verlässlichkeit" der Originalität vor. Aber für Wissenschaft und Künste sind gerade diese Qualitäten Grundvoraussetzungen großer Entdeckungen. Es ist eine Schande, daß das altersschwache kapitalistische System mit allen seinen Fehlern bessere Ergebnisse von seinen Wissenschaftlern erhält, als die SU, obwohl das Gegenteil der Fall sein sollte und könnte.

Die Antwort darauf gab letztes Jahr Dr. Sacharow, Wissenschaftler und Vater der sowjetischen Wasserstoffbombe, im schwedischen Fernsehen. Sacharow, der wegen seiner kritischen Äußerungen persönlich verfolgt wurde, stellte fest, daß der Sowjetsozialismus nicht mehr sei als "Leere Worte und Propaganda für den internen und ausländischen Gebrauch", und daß übermäßige Bürokratie und unvernünftige Verwaltung" die UdSSR quälten.

Der Widerspruch innerhalb der Sowjetgesellschaft wird immer größer, wie uns eine Welle von Verhaftungen und Prozessen gegen Oppositionelle im ganzen Land zeigen. Wir erleben gegenwärtig die größte Welle dieser Art seit Stalins Tod.

Das bekannteste Beispiel dafür ist der Fall des Literaten Solschenizyn. Obwohl wir als Sozialisten in vielen Punkten die politischen und historischen Einschätzungen der in der SU verfolgten Oppositionellen nicht teilen, unterstützen wir jedoch rückhaltlos ihren Kampf für freies Rederecht und andere Grundrechte.

Der Fall Solschenizyn, den die herrschenden Klassen in Westeuropa gerne gegen den Sozialismus ausschlachteten, ist ein weiterer Beweis für den Bankrott der Politik der KPdSU, indem sie nicht einmal fähig ist, sachlich auf rückständige und überholte Ansichten zu antworten, sondern stattdessen mit administrativen Maulkorbmaßnahmen reagiert.



Nebelspalter, Zürich

Diese Unterdrückungswelle geschieht zur gleichen Zeit, da Breschnew und Nixon wie Tauben über die Tugenden der 'Entspannung' gurren! Unter 'Entspannung' verstehen die Stalinisten ein "agreement" von Mann zu Mann, um die Welt in Einflußsphären aufzuteilen, um den jetzigen Zustand nicht anzutasten und sich nicht gegenseitig in innere Angelegenheiten einzumischen. So besteht das sowjetische Dokument bei der 'Sicherheitskonferenz' in Helsinki darauf, daß kein Staat in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates eingreifen wird, und jeder teilnehmende Staat die politischen wirtschaftlichen und kulturellen Grundlagen anderer Staaten respektieren wird".

BÜROKRATEN UND KAPITALISTEN : GEMEINSAM GEGEN DIE SOZIALISTISCHE DEMOKRATIE.

Was bedeuten diese Worte ? Wir, die Führer der Sowjetunion, sind mit dem Weiterbestehen der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse im Westen einverstanden, wenn die kapitalistischen nur nicht sich in unsere russischen und osteuropäischen Angelegenheiten einmischen oder gar versuchen, uns zu stürzen.



Welch ein zum Himmel schreiender Kontrast zur internationalistischen Position der ersten politischen Führer der russischen Revolution!

Heute ist die Außenpolitik des Kremls der sogenannten 'friedlichen Koexistenz' ein typisch bürokratischer und konservativer Versuch, die gegenwärtigen Welt-Machtverhältnisse zu belassen, wobei gleichzeitig die beiden Blöcke sich durch Handelsverträge gegenseitig unterstützen.

FRIEDLICHE KOEXISTENZ: STREIKBRUCH IN SPANIEN.

Die internationale Diplomatie eines Arbeiterstaates ordnet sich immer den Forderungen der internationalen Arbeiterbewegung unter.

Die Handelsbeziehungen zwischen dem Kreml und Spaniens Franco überschreiten bei weiten die Normen des Zulässigen einer wirklich revolutionären Außenpolitik. Die Führung eines gesunden Arbeiterstaates hätte streng gesteckte Grenzen, was die Zustände betrifft, die zur Sicherung diplomatischer und wirtschaftlicher Übereinkünfte gewährt werden. Zuerst sollte eine solche Politik niemals die Interessen der Arbeiter oder der sozialistischen Bewegung in dem betreffenden Lande entgegenlaufen.

Neue Hinrichtungen in der UdSSR wegen Wirtschaftsvergehen

Moskau (AP). In der Sowjetrepublik Aserbeidschan sind der Direktor einer Fruchtsaffabrik und sein Buchhalter wegen Diebstahls in großem Umfang durch Erschießen hingerichtet worden. Wie in Moskau bekannt wurde, wurden die beiden für schuldig befunden, Anführer einer Bande gewesen zu sein, die innerhalb der Fabrik operiert habe. Einzelheiten der Taten wurden nicht genannt. Die Hinrichtung erfolgte, nachdem das Oberste Gericht von Aserbeidschan die Todesurteile bestätigt hatte. Bereits 1972 waren in Aserbeidschan der Leiter einer Fruchtsaffabrik und einer seiner führenden Mitarbeiter hingerichtet worden, weil sie den Staat um „Hunderttausende Rubel“ geschädigt hatten.

Kreisnachrichten 2.1.74.

Laut Chrustschow soll die SU schon 1985 eine "kommunistische Gesellschaft" sein!



**Sowjet
union**

Aus dieser Sicht stellt die Beziehung Kroml/Franco nichts anders als eine Politik des bewußten Streikbruchs in der Maske von Handelsbeziehungen dar.

Die russischen Bürokraten erstarrten nicht weniger als die westlichen Kapitalisten bei dem Gedanken an einen möglichen plötzlichen Sturz des Franco-Regimes. Breschnew & Kossygin wissen sehr wohl, daß eine spanische Revolution gegen Franco keinen Staat nach russischem Muster errichten würde, sondern einen demokratischen sozialistischen Arbeiterstaat; eine echte sozialistische Arbeiterdemokratie in irgend-einem westlichen Land würde den Arbeitern in Osteuropa beweisen, daß Sozialismus ohne Stalinismus möglich ist.

Dies erklärt auch warum gerade zu diesem Zeitpunkt ihre Interessen auf vielen Gebieten der Diplomatie, Militärerfordernissen und Wirtschaft zusammenfallen.

Für beide Seiten stellt die Last von Rüstungsausgaben eine immense Inanspruchnahme des Geldbeutels dar, die ihre Wirtschaft belastet. Für die Russen heißt es eine Einschränkung möglichen Wachstums. Die USA spürten dies im jähren Dollarsturz.

Im Moment überwiegt die Furcht vor den Konsequenzen ungeprüfter Rüstungsausgaben die Rücksicht auf den fundamentalen Gegensatz zwischen zwei tatsächlich befindeten Gesellschaftssystemen.

GEGENSEITIGE ABRÜSTUNG ?

Beide Seiten brachten ihr eifriges Streben zum Ausdruck, die Rüstungsausgaben weiter einzuschränken. Wie lange wird dies jedoch noch andauern ?

Auf dem Papier spiegeln sich die objektiven Zustände einer tief gespaltenen Welt nicht wider.

Andere Mächte werden dadurch nicht davon abgehalten, ihre eigenen Nuklearwaffen zu entwickeln. China führte genau zur Zeit der Gespräche in Helsinki einen großen H-Bombenversuch durch - ein Warnsignal für beide Seiten. Frankreich testet im Mururoa-Atoll. Japan wird als nächster an der Reihe sein. Außerdem kann kein Vertragsparagraf Rußland davon abhalten, neue, mehrköpfige Geschosse zu bauen und niemand garantiert, daß die anderen Mächte nicht neue Waffen entwickeln.

Was wird morgen ?

Die Geschehnisse werden alle Berechnungen von Nixon, Breschnew und P. Pompidou umstürzen. Die gegenwärtige Lage auf der Welt ist äußerst instabil. Die Währungskrise bewies, wie brüchig die internationale Handelsverbindungen sind.

Wenn der Faden an irgendeiner Stelle reißt, wäre dies ein katastrophales Ende für die feine Balance, die seit dem zweiten Weltkrieg besteht. Neue und schreckliche Erschütterungen würden sich in allen kapitalistischen Ländern bemerkbar machen.

Indem sie die Sowjetwirtschaft näher an den kapitalistischen Weltmarkt anbinden, lassen sich die russischen Parteiführer auf ein verzweifertes und gefährliches Spiel ein. In ihrer aufgeregten Suche nach Stabilität haben sie die Sowjetwirtschaft den Schwankungen unterworfen, die in Zukunft im Kapitalismus auftreten werden. Je mehr sie sich einmischen, desto größer wird die Erschütterung sein. Indem die Sowjetführer sich hinter den Wagen des Weltkapitalismus spannen, werden sie voller Angst

auf die wirtschaftliche Entwicklung im Westen schauen. Mehr als jetzt werden sie ihr Schicksal mit dem ihrer kapitalistischen Konkurrenten verbunden sehen.

Versuche, den Rettungsring auszuwerfen, wie in Spanien, werden in der Zukunft noch üblicher. Solche Versuche können nur zeitweilig wirken, sie werden jedoch die Widersprüche für beide Seiten in der Zukunft noch verstärken. Eines ist gewiß: Das Zusammenwachsen der Produktivkräfte international, die beispiellose Entwicklung der Arbeitsteilung in der ganzen Welt, auch in der UdSSR, China und anderen entarteten Arbeiterstaaten, garantiert sicher, daß jegliche Aktivität des Proletariats internationale Maßstäbe haben wird. Weit mehr als 1848 oder 1917 wird sich der Funke der handelnden Arbeiterklasse von Land zu Land ausdehnen.

"KOMMUNISMUS ODER FASCHISMUS"

Der Genosse Willy Brandt sieht - wie der SPIEGEL meldete - für die nächsten Jahrzehnte nur zwei Alternativen: Kommunismus oder Faschismus. Wir stimmen dem Genossen Brandt darin grundsätzlich zu. Wir haben die Wahl zwischen der höchsten und brutalsten Form kapitalistischer Herrschaft - und einer Gesellschaftsordnung, in der das Schmarotzertum von Kapitalisten und Bürokraten abgeschafft ist, und die Wirtschaft unter Mitwirkung aller nach den Bedürfnissen der Bevölkerung geplant und geleitet wird. Für uns ist die Wahl klar.

Wir glauben, daß die Errichtung einer sozialistischen Demokratie in der ganzen Welt die einzige Garantie dafür ist, daß die Gefahr der Ausrottung der gesamten Menschheit ein für alle mal beendet wird und eine neue Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung Frieden, Sicherheit und Wohlstand für die Menschheit erreichen wird. An Versprechungen von Kapitalisten und Bürokraten haben wir kein Vertrauen!

Beendet die Herrschaft der Kapitalisten im Westen und der Bürokraten im Osten!

Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa und der Welt! ●

VORAN ZUR SOZIALISTISCHEN DEMOKRATIE!

Bilder aus: links, Militant, Rouge, & Spiegel.

Jungsozialisten in der SPD Bundeskongreß

JUSOS NACH MÜNCHEN -

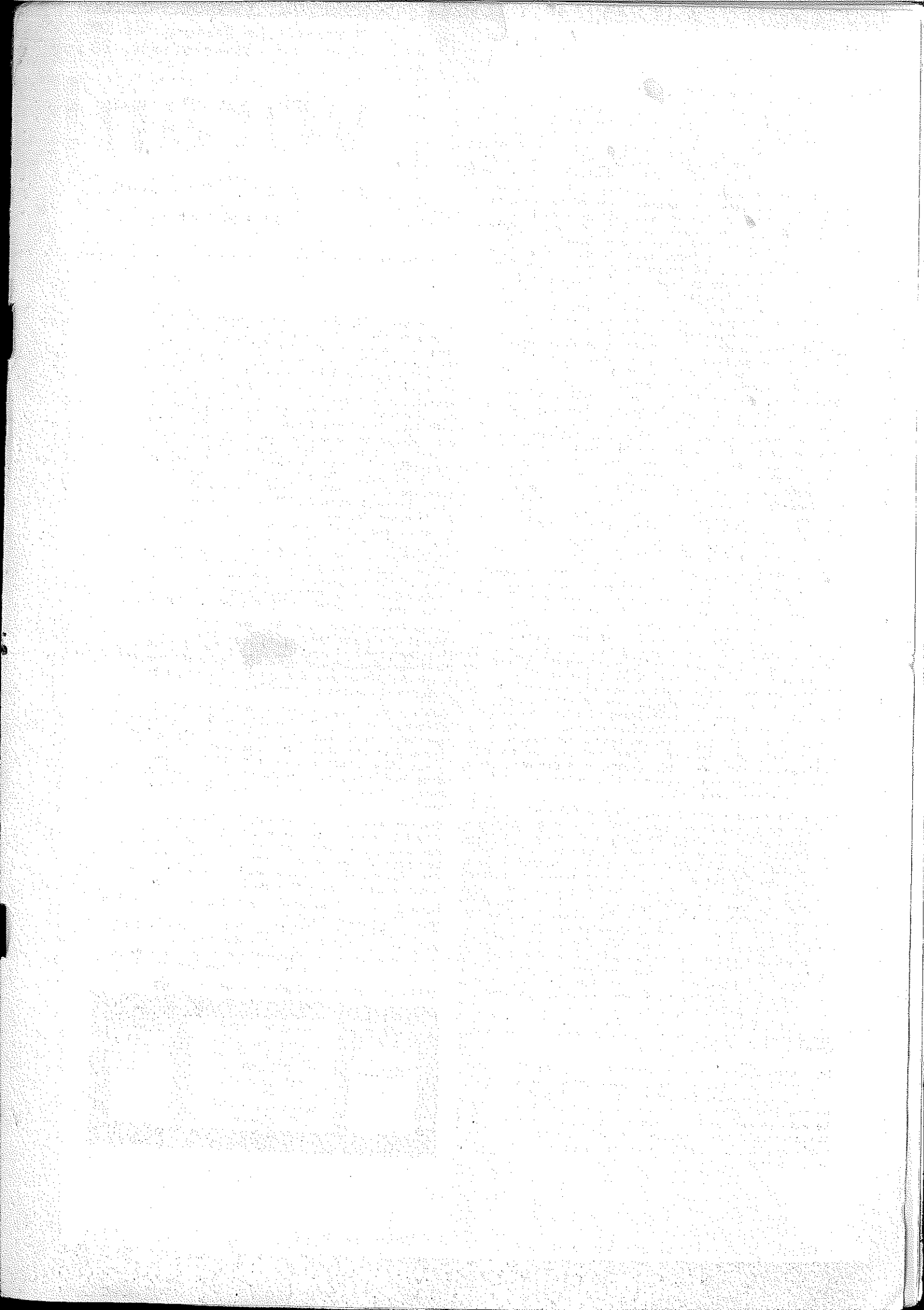
WARTEN AUF EIN AKTIONSPROGRAMM

Der diesjährige Bundeskongreß der Jungsozialisten in der SPD liegt nun schon wieder um einige Monate zurück. Da er aber die Juso-Politik für das ganze Jahr bestimmt, halten wir es für notwendig zu den Beschlüssen Stellung zu nehmen.

Die Reaktion der gesamten bürgerlichen Presse - von FAZ bis FR - war, man hätte es wohl kaum anders erwarten können, überwiegend negativ. Es war da die Rede vom "Reich der Träume", dem "auf dem Tiger", "drohendem Sektierertum" und "Klassenkampf-Scholastik bis 2 Uhr früh".

Daß die liberale und rechtsorientierte Presse in der BRD wohl kaum freundliche Töne über die Jungsozialisten loswerden kann, ist ja verständlich. Andererseits ist das Stichwort "Marsch ins Abseits", das die Frankfurter Rundschau am 28.1.74 in die Diskussion warf, sicherlich nicht ganz aus der Luft gegriffen.

Viele Untergliederungen der Jungsozialisten, die sich von dem dreitägigen Kongreß einen Kurswechsel oder eine Wende, konkrete Anregungen und Hilfen für ihre tägliche Arbeit erhofft hatten, stehen nun ziemlich ratlos vor der Flut von Anträgen und stellen sich die Frage, was denn nun zu tun sei, um die "Mobilisierungsarbeit der Jungsozialisten voranzutreiben." Der Bundeskongreß hat nichts daran geändert, daß die Jusos weitgehend von Akademikern und Angestellten getragen werden, die es bisher kaum vermocht haben, Jugendliche, Lehrlinge und Arbeiter anzusprechen und für sozialistische Ideen zu gewinnen, geschweige denn sie in die aktive Arbeit der lokalen AG's zu integrieren.



DIE OPPOSITIONELLEN JUSO-TENDENZEN

Einen relativ großen Delegierten Block stellten auch 74 die sogenannten Stamokapler dar; Ihre Politik, Analysen und Perspektiven entsprechen weitgehend den Vorstellungen der DKP-Reformisten. Ihr Ziel ist ein breites antimonopolistisches Bündnis der Arbeiter, Angestellten und Mittelschichten, das die Monopolmacht in der BRD zurückdrängt. Wie in Chile soll der Kapitalismus "schrittweise" angegriffen und abgeschafft werden. Als ob der Staatsstreich nie gewesen ist, klammern unsere Stamokap-Genossen immer noch an solchen Illusionen fest, daß - von diesem breiten Bündnis eingeschüchtert - der bürgerliche Staat sich einfach entwaffnen läßt und den Sozialisten erlaubt, den Staatsapparat mit Genossen zu besetzen. (Marxismus à la Kautzki). Laut Stamokap Thesen sollen sich Arbeiter und Mittelschicht nicht auf der Grundlage eines sozialistischen Programms verbünden (das würde die Mittelschichten angeblich 'abschrecken'), sondern auf der Basis eines beschränkten Reformprogramms. Der Ansatzfehler liegt darin, das man meint, die Mittelschicht nur durch Reformen gewinnen zu können. Wir sind - wie bereits oben angeschnitten - der Überzeugung, daß Arbeiterklasse und Mittelschicht für ein vollblütiges sozialistisches Programm gewonnen werden können. In Chile 1973 und in Frankreich '68 hat die Unentschlossenheit der Führer der Arbeiterparteien dazu geführt, daß der Mittelstand letzten Endes in die Arme der Reaktion getrieben wurden, obwohl er vorher bereit war, mit der Arbeiterklasse gemeinsam zu handeln (man denkt an die Besetzungen der Banken, Arbeitsämter, ja sogar der Folies Bergères in Paris). Bei den Genossen aus Hamburg, Berlin und anderswo vermissen wir die Lehren aus Chile, und genau so wichtig kritische Äußerungen zu den osteuropäischen Staaten.

Theoretisch gut vorangekommen sind die Genossen, die sich an der SOAK Tendenz orientieren, sowie andere Genossen aus dem Bezirk Hannover. Sie haben zu Fragen der Parteilinie, Doppelstrategie und Massenmobilisierung zahlreiche Papiere herausgegeben, die die Diskussion innerhalb der Jusos bereichert haben. Sie haben erkannt, daß die "vergesellschaftete Form der Arbeit kooperativ-solidarische Beziehungen und Verhaltensformen der Menschen" fördert, ihr Verhalten beschränkte sich leider bisher darauf, von Massenmobilisierung zu reden. Trotz guter Ansätze haben die Genossen dieser Juso-Strömung es total verdrümt, ihre Erkenntnisse in die Praxis umzusetzen; ihre Zeitschrift orientiert sich an akademisch besser ausgebildete Juso-Genossen, gibt sich mit politischem Kommentar zufrieden. Wir stellen uns die Aufgaben einer 'antirevisionistischen, antidogmatischen Tendenz wesentlich anders vor.

Keine der bestehenden Juso-Tendenzen ist nach unserer Auffassung in der Lage, einen Weg aus der politischen Paralyse der Jungsozialisten aufzuzeigen. Wir von VORAN! würden es auf jeden Fall begrüßen, wenn der Sozialismus mittels Mitbestimmung, Investitionslenkung und anderer Reformen schrittweise und schmerzlos eingeführt werden könnte. Der Genosse Helmut Korte der SOAK Tendenz hat in einer Rede zur Investitionslenkung auf die Unmöglichkeit durch solche Maßnahmen den Sozialismus zu erreichen hingewiesen. Die Konsequenzen müssen wir aber deutlich ziehen: es geht um einen politischen Kampf in der SPD für ein sozialistisches Programm von Verstaatlichung der Großkonzerne, mit minimaler Entschädigung, für Arbeiterverwaltung und -kontrolle, für Verteidigung des Arbeitsplatzes und den Lebensstandard, kurz: für eine sozialistische Offensive! Der Genosse Korte und die SOAK als Tendenz scheinen aber bereit zu sein, diesen Kampf in der SPD aufzugeben!

Die Jusos werden sich in naher Zukunft vor die Alternative gestellt sehen: politische Sekte oder proletarische Bewegung? Die Weichen dazu müssen jetzt gestellt werden. VORAN! druckte bereits in der zweiten Ausgabe das Gerüst eines zukünftigen Jugendprogramms ab und wird im Laufe des Jahres das Programm ausbauen und vervollständigen.

VORAN!

zur sozialistischen Demokratie!

Wir fordern alle Jusos, Sozialdemokraten und Gewerkschaftler auf, an der Erstellung eines Programms mitzuwirken, das der Arbeiterbewegung Ziel und Perspektive bietet. Ausgehend von der alltäglichen Situation müssen wir die Bedürfnisse der Klasse aufgreifen. In keinem wesentlichen Bereich kann der Kapitalismus die einfachsten Forderungen der Arbeiter erfüllen: Grund und Boden sind zum Spielzeug der Spekulanten geworden, Ford kündigt Kurzarbeit an, Lebensmittelverbrauch geht zurück, arbeitslose Lehrer und überfüllte Klassen in den Schulen, usw. Dies bedeutet, daß ein Kampfprogramm der Arbeiterklasse den Charakter eines ÜBERGANGSPROGRAMMS haben muß. Unsere Forderungen lauten:

"Einen Arbeitsplatz oder den vollen Lohn!"
"Gewerkschaftliche Preiskontrolle!"
"Mietstopp und Verstaatlichung der Baufirmen, Finanzhäuser und von Grund und Boden!"
"Verstaatlichung der 100 Großkonzerne unter demokratischer Arbeiterverwaltung und -kontrolle!" "Offenlegung der Geschäftsbücher!"

Diese Forderungen sind für jeden denkenden Arbeiter einleuchtend, sind aber insofern 'systemsprengend', daß - obwohl für die Mehrheit der Bevölkerung notwendig und verständlich - sie im Rahmen der bestehenden Wirtschaftsordnung gar nicht zu erfüllen sind.

Damit sieht jeder Arbeiter den Zusammenhang zwischen seinen Alltagsproblemen und der Notwendigkeit des Sozialismus. Wenn der Kapitalismus die einfachsten menschlichen Bedürfnisse - wie einen Arbeitsplatz, eine Wohnung und eine Ausbildung der Kinder nicht garantieren kann, ist er es nicht wert, beibehalten zu werden.

Die Genossen der Tendenz um die Zeitschrift VORAN! streben eine Veränderung der Politik der Jungsozialisten, der SPD und der Arbeiterbewegung an. Wir sind davon überzeugt, daß die SPD mit einem klaren sozialistischen Programm eine absolute Mehrheit erringen könnte.

Nach den Landtagswahlen steht die SPD am Scheideweg. Die Devise heißt:
"NACH LINKS ODER ERTRINKEN!" Die SPD muß die Arbeiter verteidigen, nicht das Kapital!
Zu diesem Veränderungsprozeß können die jungen Genossen bei den Jusos entscheidend beitragen.

VORAN zur sozialistischen Demokratie! ●

	ABONNIERT VORAN! Bestellungen an: KENNWORT VORAN! 46 DORTMUND 1, Postlagerkarte A 056998. Verantwortlich: H. Thielmann.	
--	--	--